



Pistorius: Hilfen für syrische Staatsbürger ermöglichen

HANNOVER. Vor dem Hintergrund der dramatischen Lage in Syrien hat Innenminister Boris Pistorius die Bereitschaft Deutschlands, 5.000 syrische Flüchtlinge aus Flüchtlingslagern aufzunehmen, ausdrücklich begrüßt. Niedersachsen wird nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel hiervon voraussichtlich ca. 470 Personen aufnehmen. In diesem Zusammenhang ist Niedersachsen wie in den vergangenen Jahren gern bereit, über das Grenzdurchgangslager Friedland die Erstaufnahme zu gewährleisten.

Darüber hinaus macht sich der Innenminister für einen weiteren Personenkreis stark, der aus seiner Sicht dabei nicht aus dem Blick geraten darf: Den aus Syrien stammenden und in Deutschland lebenden Personen ist es nach wie vor nicht gestattet, ihre in Syrien lebenden Angehörigen auf legalem Weg nach Deutschland einreisen zu lassen und sie hier zu versorgen. „Aufgrund zahlreicher Anfragen ursprünglich aus Syrien stammender Bürger, die sowohl bei den Ausländerbehörden als auch beim Innenministerium eingehen, wissen wir um die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs“, so Minister Pistorius. Angehörige berichten, dass viele Syrerinnen und Syrer auf der Suche nach Schutz in Europa ihr Leben riskieren. „Daher ist es weder nachvollziehbar noch vermittelbar, wenn Deutschland einerseits erfreulicherweise eine große Zahl von Flüchtlingen aufnimmt, andererseits aber Syrern mit verwandtschaftlichen Beziehungen nach Deutschland diesen Weg versperrt. Gerade, weil es hierbei um Personen geht, deren Lebensunterhalt in vollem Umfang von den hier lebenden Angehörigen sichergestellt werden würde, muss es schleunigst eine Lösung geben.“

Zustimmung zu seinem Vorstoß bekam der Minister vergangenen Freitag auf der A-Innenministerkonferenz. Die SPD-Innenminister und -senatoren wollen die im Mai stattfindende Innenministerkonferenz in Hannover dazu nutzen, eine unbefristete Aufenthaltsmöglichkeit für diesen Personenkreis zu schaffen. Insbesondere scheint es bisher an den Einreisebedingungen und an der strikten Haltung der Bundesregierung, Visa zu erteilen, zu scheitern. „Ich appelliere daher an den Bundesinnenminister sowie an die Kollegen der Union, sich unserem Vorstoß anzuschließen“, so Pistorius. „Deutschland muss angesichts der katastrophalen humanitären Situation in Syrien noch stärker als bisher seiner Verantwortung gerecht werden.“

Er appellierte an den Bund, die syrischen Flüchtlinge im Rahmen einer echten und insbesondere auf Dauer angelegten Resettlement-Aktion aufzunehmen. „Der Bundesinnenminister muss sich hier positionieren. Ein befristeter Aufenthalt ist realitätsfern“, so Pistorius.

Bereits Mitte März hatte der Minister den Abschiebungsstopp nach Syrien verlängert.